

### Finanzmarktliberalisierung und Bankenprivatisierung in Korea

Cho, Hyekyung; Kalinowski, Thomas

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Zeitschriftenartikel / journal article

**Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:**  
GIGA German Institute of Global and Area Studies

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Cho, H., & Kalinowski, T. (2006). Finanzmarktliberalisierung und Bankenprivatisierung in Korea. *Korea - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 71-86. <https://doi.org/10.11588/kjb.2006.0.3891>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

# Finanzmarktliberalisierung und Bankenprivatisierung in Korea

Hyekyung Cho und Thomas Kalinowski

In diesem Artikel beschäftigen wir uns mit der Liberalisierung des Finanzmarktes und der Bankenprivatisierung in Südkorea mit dem Schwerpunkt auf der Entwicklung seit der Finanzkrise von 1997/98. Die Analyse bietet eine ganze Reihe wichtiger Erkenntnisse sowohl in Bezug auf die Entstehung und Überwindung der Finanzkrise als auch für den tief greifenden Transformationsprozess, in dem sich Korea seit 1997 befindet. Das Hauptaugenmerk dabei liegt in der politischen Ökonomie der Finanzreformen nach der Krise. Ziel der Analyse ist zu erklären, wie ein abstraktes Konzept „Finanzmarktliberalisierung“ konkret als politisches Projekt realisiert wird, und welche Ziele und Interessen hinter der forcierten Finanzmarktliberalisierung stehen. Es wird exemplarisch gezeigt, dass wirtschaftliche Liberalisierung nicht mit *Laissez-faire* gleichgesetzt werden kann, sondern im Gegenteil auf der Nutzung der gesamten Palette staatlicher Regulierungs- und Interventionsmaßnahmen beruht.

Die während und seit der Finanzkrise durchgeführten Reformen haben die bereits Anfang der 1990er-Jahre begonnene Liberalisierung des Finanzmarktes in Südkorea beschleunigt und auf eine qualitativ neue Ebene gehoben. War die Liberalisierung vor der Krise ein Ausdruck des mit der Expansionsstrategie der koreanischen *chaebol* verbundenen Interesses, so ist die marktliberale Reregulierung des Finanzmarktes seit 1997 vor allem auf die Interessen der internationalen Investoren zugeschnitten.

Im ersten Abschnitt beschäftigen wir uns mit der Finanzmarktliberalisierung seit Anfang der 1990er-Jahre, die als einer der Ursachen der Finanzkrise von 1997/98 bezeichnet wird. Die koreanische Regierung und der Internationale Währungsfonds (IWF) machen jedoch vor allem die halbherzige und fehlerhafte Implementierung der Liberalisierungsschritte unter Kim Young-sam für die Krise verantwortlich und nicht die Liberalisierung als solche. Konsequenterweise wurde die Liberalisierung im Zuge der Krise nicht abgebrochen, sondern beschleunigt.

Die Finanzmarktliberalisierung und Öffnung für ausländisches Kapital wurde dabei von der koreanischen Regierung und dem IWF als Rezept angesehen, die Finanzkrise von 1997/98 zu überwinden. Wir zeigen im zweiten Abschnitt, dass ausländische Investoren keine entscheidende Rolle bei der Überwindung der Krise ge-

spielt haben, und heben dafür die Bedeutung staatlicher Intervention hervor. Durch die Sozialisierung so genannter fauler Kredite wurden die Kosten der Krise auf den Steuerzahler abgewälzt. Erst *nach* dieser etwa 165 Billionen Won<sup>1</sup> teuren Stabilisierung des Finanzsektors kamen die ausländischen Investoren zurück und übernahmen die Kontrolle weiterer Teile des koreanischen Bankensystems.

Im dritten Abschnitt geht es um die (Re-)Privatisierung der im Zuge der Krise verstaatlichten Banken. Die Privatisierung der Banken hat zu einem im internationalen Vergleich hohen Anteil ausländischer Investitionen in diesem Bereich geführt. Diese von Regierung und IWF gewollte Entwicklung traf zunächst auf nur wenig Kritik. Das änderte sich jedoch, als die hohen Gewinne bekannt wurden, welche die Investoren erwirtschafteten, nachdem die Banken mit Steuergeldern saniert und von der Regierung konfliktreich rationalisiert worden waren. Nach und nach wurden immer mehr fragwürdige Umstände der Privatisierungen bekannt, die eine rege Diskussion in Korea entfacht haben und mit der wir uns in Abschnitt 4 beschäftigen. In Abschnitt 5 reißen wir kurz die Folgen der ausländischen Dominanz im Bankensektor an. Zwar ist der Bankensektor in Korea heute äußerst profitabel, dafür wird er seiner intermediären Funktion zur Finanzierung von Investitionen immer weniger gerecht. Auch die Vermutung, ausländische Investoren brächten ein besseres Risikomanagement nach Korea, scheint sich angesichts verschiedener kleinerer Finanzkrisen seit 1997 – etwa im Kreditkartensektor – nicht zu bestätigen.

## 1 Finanzmarkliberalisierung und die Finanzkrise von 1997/98

Bevor wir uns mit der beschleunigten Finanzmarkliberalisierung seit der Krise von 1997/98 auseinander setzen, ist es notwendig, auf die erste Runde der Liberalisierung von Anfang der 1990er-Jahre bis 1997 einzugehen. Diese erste Runde ermöglichte den Anstieg der Auslandsverschuldung, die 1997 zur Krise führte.

Bis Anfang der 1990er-Jahre war der koreanische Finanzmarkt stark reguliert und der Zufluss ausländischen Kapitals war sehr begrenzt. Direkt- und Portfolioinvestitionen spielten keine nennenswerte Rolle bei der Finanzierung der koreanischen Entwicklung. Kredite wurden über die staatlich kontrollierten Banken ins Land geschleust und entsprechend den Wirtschaftsplänen nach entwicklungsstrategischen Gesichtspunkten vergeben (sog. *policy loans*). Bis Anfang der 1980er-Jahre waren die Banken in direktem Staatsbesitz. Nach der Privatisierung übte die Regierung weiterhin massiven Einfluss auf die Geschäftspolitik der Banken aus.<sup>2</sup>

Seit Anfang der 1990er-Jahre und vor allem seit der Regierungszeit des ersten demokratisch gewählten, zivilen Präsidenten Kim Young-sam (1993-1998) hat die Regierung den Finanzmarkt teilweise liberalisiert und für ausländisches Kapital ge-

<sup>1</sup> Am 21.4.2006 entsprachen 1.000 Won 0,85 Euro bzw. 1,06 US-Dollar.

<sup>2</sup> Zur Rolle des Finanzmarktes während des koreanischen Entwicklungsweges siehe z.B. Woo (1991).

öffnet. Das war Teil der Globalisierungsstrategie (*seggyehwa*) der Regierung wie auch der Beitritt Koreas zur OECD im Jahr 1996, in Vorbereitung dessen sich Korea zu umfassenden Liberalisierungsschritten verpflichtete.

Die Regierung ermöglichte den *chaebol*, deren Beteiligung an Geschäftsbanken bis heute stark beschränkt ist, die Gründung eigener Finanzinstitute. Gleichzeitig liberalisierte die Regierung die Aufnahme vor allem kurzfristiger Kredite im Ausland, während langfristige Kredite und Kapitalbeteiligungen von Ausländern weiter beschränkt blieben.<sup>3</sup> Diese Vorgehensweise wird heute beinahe einhellig als eine der Ursachen der Krise von 1997/98 angesehen. Sie wird oft verkürzt als politische Fehlentscheidung über die Reihenfolge der Liberalisierungsschritte interpretiert („*sequencing*-Problem“). Dies greift jedoch zu kurz, denn diese Politik war Ausdruck der von den Interessen der *chaebol* dominierten politischen Ökonomie Koreas. Die *chaebol* benötigten den Zugang zu den internationalen Finanzmärkten zur Finanzierung ihrer Expansionsstrategie. Zur selben Zeit fürchteten die in Familienbesitz befindlichen *chaebol* den Einfluss der ausländischen Investoren durch ein langfristiges Engagement oder durch Kapitalbeteiligungen.

Die Finanzkrise lässt sich nicht allein mit der Liberalisierung des Finanzmarktes erklären. Denn ein erleichterter Zugang zu Kapital erzeugt noch nicht automatisch eine höhere Verschuldung. Vielmehr muss die Liberalisierung des Finanzmarkts im Zusammenhang mit den Ambitionen der *chaebol*, zu *global players* aufzusteigen, und dem Rückzug der Regierung aus der Industriepolitik gesehen werden. In der Konsequenz konnten die *chaebol* Mitte der 1990er-Jahre mit dem auf dem internationalen Finanzmarkt nahezu unbegrenzt verfügbaren Kapital ohne Kontrolle durch die Regierung enorm expandieren.<sup>4</sup> So stieg Samsung beispielsweise in die Produktion von Autos ein und wurde Koreas fünfter unabhängiger Autohersteller, obwohl der Automobilmarkt bereits zuvor an Überproduktion litt.<sup>5</sup> Hanbo expandierte im ebenfalls bereits übersättigten Stahlmarkt. Die *chaebol* expandierten auch international, vor allem in die Regionen, die von etablierten *global players* als zu riskant angesehen wurden. Daewoo investierte in riesige Autofabriken in Osteuropa, Indien, Usbekistan und Vietnam. Hyundai investierte vor allem in Indien, Südostasien und Afrika. Daewoos *global-management*-Strategie brachte es dank guter Vermarktung auf die Titelseiten der international renommierten *Far Eastern Economic Review*.<sup>6</sup> Die Ostasieneuphorie und der Glaube an ein „ostasiatisches Wunder“ (World Bank 1993) seit Anfang der 1990er-Jahre sowie die Wachstumsschwäche in den industrialisierten Ländern schufen das globale Umfeld für massive Kapitalzuflüsse in die gesamte ostasiatische Region.

---

<sup>3</sup> Zur Liberalisierung des Finanzmarktes als Ursache der Krise von 1997/98 siehe z.B. Chang et al. (2001) und Sharma (2004).

<sup>4</sup> Zu den Veränderungen in der Industriepolitik während der Regierungszeit Kim Young-sams siehe Chang Ha Joon et al. (2001: 145ff.).

<sup>5</sup> Mit Hyundai Motors hat nur ein unabhängiger koreanischer Autohersteller die Krise überlebt.

<sup>6</sup> *Far Eastern Economic Review* vom 1.5.1997.

In Korea führte dies zu einem raschen Anstieg der Auslandsverschuldung. Von der Amtsübernahme Kim Young-sams 1993 bis kurz vor dem Beginn der Finanzkrise im September 1997 stiegen Koreas Auslandsschulden von 44 Mrd. auf 120 Mrd. US\$. Dies war zwar mit 22% des BIP vergleichsweise wenig. Aber 60% dieser Kredite waren kurzfristig mit einer Laufzeit von weniger einem Jahr und mussten daher regelmäßig verlängert werden (Chang et al. 2001: 143-144). Im 3. Quartal 1997 entsprach die kurzfristige Verschuldung 323% der Devisenreserven. Nach dem Zusammenbruch einiger mittelgroßer *chaebol* in Korea und dem Ausbruch der Krise in Thailand im Juli 1997 wollten die Investoren die Kredite nicht mehr verlängern, was zur Zahlungsunfähigkeit Koreas im November 1997 führte und die Finanzkrise auslöste.

Die Regierung war gezwungen, die Währungsbindung an den US-Dollar aufzugeben und IWF-Hilfskredite zu beantragen. Im Laufe des Dezember 1997 verlor der Won 70% seines Wertes. Die vom IWF geforderten Zinssteigerungen zur Stabilisierung des Finanzmarktes verfehlten ihr Ziel und trieben viele Unternehmen in den Bankrott. Im Jahr 1998 schrumpfte die Wirtschaft um 6,9%, und die Arbeitslosenquote erreichte fast 7%.<sup>7</sup>

## 2 Liberalisierung des Finanzmarktes, Verstaatlichung der Schulden

Seit dem Ausbruch der Finanzkrise 1997 hat sich die Liberalisierung des Finanzmarktes dramatisch beschleunigt. Die neu gewählte Regierung unter Präsident Kim Dae-jung verpflichtete sich auf Druck des IWF, den Finanzmarkt für ausländische Investoren zu öffnen und realisierte dies sogar rascher und umfangreicher als vom IWF gefordert. So schaffte die Regierung im April 1998 fast alle Beschränkungen für ausländische Börseninvestitionen ab und erlaubte sogar feindliche Übernahmen, obwohl mit dem IWF zunächst lediglich eine Anhebung der Beteiligungsbeschränkung auf 55% vereinbart worden war.

Laut IWF gilt Korea heute als eines der offensten Länder für ausländische Investitionen. Dies ist nur zum Teil auf den externen Druck des IWF-Strukturanpassungsprogramms zurückzuführen. In der schwersten Krise nach dem Koreakrieg teilte die koreanische Regierung, die überwiegende Zahl der (meist an US-amerikanischen Universitäten ausgebildeten) Ökonomen und die Mehrheit der Bevölkerung die Krisenanalyse und die marktliberalen Rezepte des IWF. Demzufolge hätten der Einfluss der Regierung auf die Banken und die Eingriffe der Regierung in die Wirtschaft falsche Anreize für Investoren gesetzt, da diese auf Grund der engen Verflechtung annehmen konnten, dass Kredite an private Finanzinstitute letztendlich staatlich garantiert seien (sog. „*moral-hazard*“-Problem). Der Einzug ausländischer Investoren versprach einen gewissen Ausgleich zur außer Kontrolle geratenen Macht der *chae-*

<sup>7</sup> Die makroökonomischen Daten für diesen Artikel haben wir, soweit nicht anders angegeben, der Datenbank des koreanischen Statistikamtes ([www.nso.go.kr](http://www.nso.go.kr)) entnommen.

*bol*-Familien und eine Überwindung des „Crony Capitalism“. Die Rezepte beinhalteten daher eine umfassendere Liberalisierung, einen Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, eine bessere Finanzaufsicht und eine Kontrolle der Finanzinstitute durch die Aktionäre.

Die Reform des Finanzsektors und die Öffnung für ausländische Investoren in Korea seit 1997 wird oft positiv bewertet, weil es relativ rasch gelang, den Finanzsektor zu restabilisieren. Außerdem erscheint die wirtschaftliche Erholung in Korea – trotz vieler Probleme – als durchaus gelungen. Dies gilt zumindest dann, wenn man primär die üblichen makroökonomischen Maßstäbe anlegt.<sup>8</sup> Inwieweit die Rolle ausländischer Investoren als neuer mächtiger Akteur in der koreanischen Wirtschaft positiv zu bewerten ist, werden wir in Abschnitt 4 und 5 behandeln. Zunächst stellt sich die Frage, wie und in welcher Form die Erholung des Finanzsektors und die Liberalisierung des Finanzmarktes miteinander zusammenhängen. Wir vertreten hier die These, dass die Liberalisierung des Finanzmarktes und der Zufluss ausländischen Kapitals nicht ursächlich für die Stabilisierung des Finanzmarktes und die makroökonomische Erholung waren. Vielmehr kamen die ausländischen Investoren erst zurück, *nachdem* die Devisenreserven durch Exportüberschüsse wieder aufgefüllt waren und der Staat den Finanzmarkt durch massive Eingriffe stabilisiert hatte.

Vom Beginn der Finanzkrise Ende 1997 bis zum Jahr 2000 kamen 95% des Nettozuflusses an Devisen durch Exportüberschüsse zustande und nur 5% durch Kapitalzuflüsse (Kalinowski 2005a: 94). Diese exportorientierte Erholung wurde ermöglicht durch die verbesserte Wettbewerbsfähigkeit koreanischer Produkte aufgrund der massiven Abwertung des koreanischen Won während der Krise. Mindestens genauso wichtig war die grundlegende Exportstärke der koreanischen *chaebol*, die sich in den Jahrzehnten der exportorientierten Entwicklungsstrategie Koreas seit den 1960er-Jahren herausgebildet hat. Die exportorientierte Erholung seit 1997 und die daraus entstehenden Probleme sind ein Kapitel für sich, auf das hier nicht näher eingegangen werden kann. Vielmehr möchten wir uns auf die Stabilisierung des koreanischen Finanzmarktes konzentrieren, die in erster Linie auf staatliche Eingriffe und staatliche Initiative zurückzuführen ist. Diese Maßnahmen standen nicht selten im direkten Widerspruch zu den Prinzipien ökonomischer Liberalisierung im Sinne marktliberaler Reformen.

Zunächst verkündete die koreanische Regierung nach dem Ausbruch der Krise Ende 1997 eine Garantie für alle Spareinlagen, um eine Bankenpanik zu verhindern. Zwar versprachen alle Regierungen der ostasiatischen Krisenländer solche Garantien, aber nur in Korea vertrauten die Sparer ihrer Regierung. In Indonesien und Thailand kam es trotz staatlicher Garantien zu einem Run auf die Banken, weil Sparer ihre Einlagen in den sicheren US-Dollar umtauschen wollten. In Korea vertrauten die Sparer nicht nur auf die Einlagegarantien, sondern viele Koreaner tauschten sogar ihre persönlichen Devisen- und Goldreserven in den instabilen Won um. Sie opferten somit ihre persönliche finanzielle Sicherheit zu Gunsten der nationalen De-

---

<sup>8</sup> Mit den Schattenseiten des Wiederaufschwungs seit 1997 hat sich Kalinowski (2005b) beschäftigt.

visenreserven und damit der Systemstabilität. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung und ihre Fähigkeit zur Überwindung der Krise war zentral für die Restabilisierung des Finanzmarktes. Die von der Regierung ausgerufenen Kampagnen stilisierten die Überwindung der Krise zur „nationalen Aufgabe“. Der Appell der Regierung an die in der Bevölkerung tief sitzenden nationalistischen Gefühle funktionierte erfolgreich: Für Zweifel und Kritik am Reformprogramm als gemeinsamem Werk von IWF und Regierung blieb kein Platz.

Auch die Stabilisierung und die Umstrukturierung der Banken gehen primär auf staatliche Initiative und aktive Staatseingriffe zurück. Die Regierung schloss und fusionierte Finanzinstitute und reduzierte die Zahl der Banken von 33 auf 19 und die Zahl anderer Finanzinstitute von 142 auf 114.<sup>9</sup> Die Folge war eine stark wachsende Konzentration im Bankensektor. 1997 kontrollierten die drei größten Banken 27% aller Bankeinlagen – im Jahr 2000 waren es bereits 54%. Der Markt, im Sinne eines auf Konkurrenz beruhenden Systems, scheint hier eher auf dem Rückzug als auf dem Vormarsch.

Die Regierung verstaatlichte zudem zahlungsunfähige, aber von ihr als überlebensfähig eingestufte Banken. Sie sozialisierte so die Schulden und investierte zusätzlich in die Rationalisierung der Banken. Von 1997 bis heute hat die Regierung Steuergelder in Höhe von insgesamt ca. 165 Billionen Won ausgegeben, um die Banken zu sanieren und zu rationalisieren. Dies entspricht etwa 28% des koreanischen BIP des Jahres 2000.<sup>10</sup> Zieht man die Erlöse aus den Reprivatisierungen ab, so bleiben Nettokosten für den koreanischen Steuerzahler von ca. 22% des BIP.<sup>11</sup> Doch auch in der Zukunft werden weitere Finanzspritzen ins Finanzsystem notwendig sein, wie noch im vierten Abschnitt zu sehen sein wird.

Paradoxerweise erleichterte die Verstaatlichung der Banken die Liberalisierung des Finanzsystems im Sinne einer Öffnung für ausländische Investoren. Die Regierung setzte alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel ein, um die Banken profitabel und damit attraktiv für ausländische Investoren zu machen. Dazu wurden nicht nur Banken geschlossen und faule Kredite sozialisiert, sondern es wurde auch massiv rationalisiert. Die Zahl der Beschäftigten im Bankensektor wurde von 1997 bis 2001 um 40% von 114.000 auf 68.000 Personen reduziert.<sup>12</sup> Es ist daher nicht erstaunlich, dass einige der größten und militantesten Arbeitskämpfe in Korea seit 1997 im Bankensektor stattfanden. Um die Rationalisierungsmaßnahmen gegen den Widerstand

<sup>9</sup> Siehe Bank of Korea, [www.bok.or.kr/template/eng/html/index.jsp?tbl=tbl\\_FM0000000066\\_CA00000000975](http://www.bok.or.kr/template/eng/html/index.jsp?tbl=tbl_FM0000000066_CA00000000975).

<sup>10</sup> Siehe Bank of Korea, [www.bok.or.kr](http://www.bok.or.kr).

<sup>11</sup> Zum Vergleich: Der IWF schätzt die Nettokosten der Finanzkrisen seit 1997 in Malaysia auf 4%, in Thailand auf 35% und in Indonesien auf 52% des jeweiligen BIP. Die Sparkassenkrise in den USA in den 80er Jahren kostete den Staat ca. 2% des US-BIP, während es in Schweden gelang, die Finanzkrise im Jahr 1991 ohne Zuschüsse durch den Steuerzahler zu überwinden (*IMF Country Report Korea*, No.03/79, Washington D.C., 2003, S.14).

<sup>12</sup> Eigene Berechnungen der Autoren nach: „Bank Profitability – Financial Statements of Banks Statistics“, [www.oecd.org](http://www.oecd.org).

der Gewerkschaften durchzusetzen, erklärte die Regierung Streiks gegen die Umstrukturierungen für illegal und setzte Polizei gegen streikende Bankbeschäftigte ein.

Das Ergebnis der Rationalisierungsmaßnahmen kann sich aus Sicht der Regierung sehen lassen. 1997 erreichten nur 13 von 23 Geschäftsbanken die von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) vorgeschriebene minimale Kapitaldeckung von 8%. Damals lag die durchschnittliche BIZ-Quote bei 6,2%. Heute erreichen die koreanischen Banken eine Quote von im Schnitt 11,3%. Dies ist vor allem auf die Sozialisierung fauler Kredite zurückzuführen, die von 7,2% aller Kredite im Jahr 1998 auf 2% im Jahr 2004 reduziert werden konnten. In der Folge erwirtschafteten die landesweiten Geschäftsbanken Gewinne in Höhe von ca. 13 Billionen Won nach Verlusten von 3,2 Billionen Won im Jahr 1998 (OECD 2005: 173).

Aufgrund der dramatisch verbesserten Profitabilität ist es nicht verwunderlich, dass nun, *nachdem* der Staat den teuren und konfliktreichen Stabilisierungs- und Umstrukturierungsprozess durchgeführt hat, die ausländischen Investoren Interesse an der Übernahme der koreanischen Banken zeigten. Korea ist heute, wie die *Business Week* schreibt, „a great place to be a bank“.<sup>13</sup> Ausländische Investoren trugen also nicht zur Überwindung der Krise bei, sind aber letztendlich die Hauptprofiteure der Reformmaßnahmen. Die Kosten für die Stabilisierungs- und Reformmaßnahmen wurden dagegen den entlassenen Angestellten und koreanischen Steuerzahlern aufgebürdet und aufgezwungen.

### 3 Bankenprivatisierung und Verkauf der Banken an ausländische Investoren

Die erste Phase der Bankenreformen unmittelbar nach dem Ausbruch der Krise war von Ad-hoc-Rettungsmaßnahmen durch die Regierung gekennzeichnet, die zur Verstaatlichung einiger Banken führten. Dies ist jedoch nicht mit einem Wiedererstarken des „Entwicklungsstaates“ zu verwechseln, sondern war eine entscheidende Voraussetzung für eine politisch beabsichtigte Liberalisierung des Bankensektors. Die Regierung nutzte dazu die gesamte Palette staatlicher Interventionsmöglichkeiten. Unter staatlicher Regie folgte eine umfassende Finanzmarktreform, die ein zentraler Bestandteil des tiefer gehenden Umbaus der koreanischen Wirtschaft war. Diese orientierte sich am US-amerikanischen Modell eines „Shareholder-Kapitalismus“, der als Alternative zum *chaebol*-dominierten „Crony Capitalism“ angesehen wurde.

Eine zentrale Maßnahme war die radikale Liberalisierung und Deregulierung des Finanzmarktes, in deren Zuge der bislang abgeschottete Bankensektor für ausländische Investoren geöffnet wurde. Zum ersten Mal wurde die Übernahme koreanischer Banken durch ausländische Investoren erlaubt. Wie bereits im zweiten Abschnitt erwähnt, beruhte diese Maßnahme auf einer Eigeninitiative der koreanischen Regierung, die über die Reformforderungen des IWF hinausging. Ursprünglich bezweckte

---

<sup>13</sup> *Business Week* vom 7.11.2005.



die koreanische Regierung damit, dass ausländische Investoren zur Rettung und Rekapitalisierung der krisengeschüttelten Banken beitragen könnten. Aber unmittelbar nach der Krise war das Interesse ausländischer Investoren am koreanischen Finanzmarkt gering. Trotz der Öffnung des Bankenmarktes kamen ausländische Investoren zunächst nicht nach Korea. Erst seit 1999, nachdem die Regierung den Finanzmarkt stabilisiert hatte und die exportgestützte wirtschaftliche Erholung bereits im Gange war, begann ein Ansturm ausländischen Kapitals auf den koreanischen Finanzmarkt.

Bei der Reprivatisierung der Banken, wie sie mit dem IWF vereinbart worden war, verkaufte die Regierung ihre Anteile bevorzugt an ausländische Investoren. Dies war politisch gewollt, weil die koreanische Regierung die ausländischen Investoren nicht nur als krisenbedingte Notlösung, sondern auch als langfristige Reformpartner ansah. Die Regierung vertrat dabei die These, dass das fortschrittliche Know-how und Management der ausländischen Investoren die koreanischen Banken zu international wettbewerbsfähigen Finanzinstituten machen würden. Ferner wurde erwartet, dass die breite Präsenz der ausländischen Investoren im koreanischen Bankensektor zur Disziplinierung der Investitionspraktiken der *chaebol* führen werde.

Der Einzug ausländischer Investoren in den koreanischen Bankensektor erfolgte auf zwei Wegen: durch die Beteiligung an Bankaktien oder durch die komplette Übernahme der Banken. Ausländische Investoren besaßen Ende des Jahres 2005 über 66% der Bankaktien gegenüber 18% im Jahr 1998. Der Marktanteil ausländischen Kapitals im gesamten koreanischen Bankensektor einschließlich der Regional- und Spezialbanken wuchs von 8,5% im Jahr 1997 auf 30% im Jahr 2004 an. Hierzu trug der Verkauf einiger Geschäftsbanken an ausländische Investoren entscheidend bei. Bislang wurden drei von sieben übrig gebliebenen, landesweit operierenden Geschäftsbanken an ausländische Investoren verkauft: Im Dezember 1999 übernahm der US-Investmentfonds Newbridge Capital die Korea First Bank, damals Koreas achtgrößte Geschäftsbank. Im November 2000 kaufte ein Investorenkonsortium unter Führung von Carlyle und JP Morgan die siebtgrößte Geschäftsbank KorAm Bank auf. Im September 2003 erwarb der US-Investmentfonds Lone Star die Korea Exchange Bank, die fünftgrößte Geschäftsbank. Darüber hinaus halten ausländische Investoren inzwischen mehr als 50% der Aktien in sechs der sieben landesweiten Geschäftsbanken (siehe Tabelle 1). Allein die noch staatlich kontrollierte Woori Bank hat mit 11,7% eine geringe ausländische Beteiligung, wobei die Privatisierung der Bank bis März 2008 geplant ist.

Die wachsende Bedeutung ausländischer Investoren im koreanischen Bankensektor wurde zunächst von allen Seiten – der koreanischen Regierung, dem IWF, den betroffenen Banken, der breiten Öffentlichkeit sowie den internationalen Finanzmärkten – als positives und hoffnungsvolles Zeichen für marktgerechte Reformen begrüßt. Die koreanische Regierung bewertete im Einklang mit dem IWF die ausländischen Investitionen als Ausdruck wiedergewonnenen „Vertrauens der internationalen Finanzmärkte“ und sah in ihnen einen wichtigen Indikator für ihren Reformersfolg.

**Tabelle 1: Anteil ausländischen Kapitals an landesweit operierenden Geschäftsbanken November 2005**

	<b>Anteil ausländischer Investoren</b>	<b>Anmerkungen</b>
Kookmin Bank	85,8%	Fusion mit Housing and Commercial Bank im Jahr 2001.
Shinhan Holding	64,0%	Fusion mit Chohung Bank Anfang 2006.
Hana Bank	76,6%	In eine Finanzholding umgewandelt.
Woori Holding	11,7%	78% der Aktien noch im staatlichen Besitz. Reprivatisierung bis März 2008 vorgesehen.
SC First Bank Korea	100%	Ehemals Korea First Bank. Von Standard Chartered Bank aufgekauft und von der Börse genommen.
Korea Exchange Bank	74,3%	Kontrolliert durch Lone Star (50,53%). Verkauf geplant bis Ende 2006.
Korea Citibank	100%	Ehemals KorAm Bank. Aufgekauft von Citigroup und von der Börse genommen.

Quelle: Zusammenstellung der Verfasser anhand der Daten der Korea Stock Exchange, <http://sm.krx.co.kr/>.

## 4 Kontroverse über die Rolle der ausländischen Investoren

Die generell positive Einstellung zu den Bankenreformen und dem zunehmenden Einfluss des ausländischen Kapitals im Finanzmarkt änderte sich jedoch, als Einzelheiten der Bankenreprivatisierung bekannt wurden. Von besonderer Bedeutung war, dass die Private Equity Funds (PEFs), die ersten Käufer der koreanischen Banken, durch den Wiederverkauf ihrer Anteile große Gewinne machten, ohne dabei Steuern zu zahlen. PEFs investieren grundsätzlich nicht langfristig. Sie sind darauf aus, ihre Anteile nach wenigen Jahren mit Gewinn wieder zu verkaufen, wenn der Börsenwert der gekauften Bank gestiegen ist. Die Gewinne der PEFs in Korea waren dabei ungewöhnlich hoch. Im April 2004 verkaufte Carlyle seine Anteile an der KorAm Bank an Citigroup und erzielte dabei einen Gewinn gegenüber dem Kaufpreis in Höhe von 675 Mio. US\$.<sup>14</sup> Im Januar 2005 verkaufte Newbridge Capital seine Anteile an der Korea First Bank (hiernach KFB) an die Standard Chartered Bank und erzielte einen Gewinn in Höhe von 1,2 Mrd. US\$.<sup>15</sup> Zurzeit bereitet sich Lone Star auf den Wiederverkauf seiner Anteile an der Korea Exchange Bank (hiernach KEB)

<sup>14</sup> „Carlyle Group’s Asian Invasion“, in: *Business Week*, 14.2.2005.

<sup>15</sup> „South Korea: A Buyout Backlash. ‘Speculative’ Funds are under Fire for Big Profits“, in: *NBC Newsweek*, 28.11.2005.

vor, nachdem die zweijährige Verkaufssperre im Oktober 2005 abgelaufen ist.<sup>16</sup> Lone Stars Gewinn an der Transaktion wird sich nach dem derzeitigen Aktienwert von KEB auf mehr als 4 Mrd. US\$ belaufen.<sup>17</sup>

Fondsmanager legitimierten die hohen Profite damit, dass diese eine wohlverdiente Belohnung für ihre risikoreichen Investitionen seien. Aber dieses Argument ist äußerst fragwürdig, wenn man sich die Vertragsbedingungen anschaut, zu denen die koreanische Regierung die Banken an die Fonds verkauft hatte. Für die PEFs entstanden praktisch keine finanziellen Risiken durch die Übernahme. Im Gegenteil versprachen die ausgehandelten Vertragsbedingungen den PEFs risikofreie und sichere Gewinne: Zunächst wurden die Banken zu äußerst günstigen Preisen an die Investitionsfonds verkauft. Ferner brauchten diese beim Kauf der koreanischen Banken nur die gesunden Kredite zu übernehmen. Schließlich waren die PEFs durch so genannte *put-back*-Optionen vor Risiken geschützt. Diese entbanden die Investoren von der Haftung für erst nach dem Kauf bekannt werdende Risiken. Demnach haftete die koreanische Regierung auch nach der Übernahme für aufgespürte faule Kredite und nicht die Investoren.

Im Fall von KEB wurde das Zustandekommen des Verkaufsvertrages durch fragwürdige Absprachen zwischen Regierung, Bankenaufsichtsbehörde und dem Fonds erleichtert. Der zunehmende Einfluss ausländischer Investoren scheint also die nationale Vetterwirtschaft nicht abzuschwächen, sondern lediglich zu internationalisieren.

Die aufgedeckten fragwürdigen Übernahmeverträge führten zu einer breiten Diskussion in der koreanischen Öffentlichkeit, die nicht einfach als nationalistische Gegenreaktion abgetan werden kann. Vielmehr ist es notwendig, über den Ausdruck der Kritik hinauszugehen und sich die Hintergründe anhand einer Betrachtung der konkreten Vorgänge bei der Bankenprivatisierung anzuschauen.

#### 4.1 Korea First Bank (KFB)

Ende 1999 verkaufte die koreanische Regierung Newbridge Capital ihren Anteil an der KFB für 500 Mrd. Won. Dies war ein sehr günstiger Preis für Newbridge, denn die Bilanzsumme der KFB betrug im gleichen Jahr 37.500 Mrd. Won. Anfang 2005 verkaufte Newbridge Capital seinen Anteil an der KFB an die Standard Chartered Bank für 1,65 Billionen Won und erzielte damit einen Gewinn in Höhe von 1,15 Billionen Won. Allerdings flossen vom Januar 2000 kurz nach der Übernahme durch Newbridge Capital bis zum Wiederverkauf an die Standard Chartered Bank von Anfang 2005 staatliche Zuschüsse von 18 Billionen Won an die KFB.<sup>18</sup> Wegen der *put-back option* soll die KFB, die nun Standard Chartered First Bank Korea heißt, einen weiteren staatlichen Finanzausschuss von insgesamt 860 Mrd. Won im Zeitraum von

<sup>16</sup> „Seoul unlikely to collect taxes from Lone Star“, in: *Korea Herald*, 18.3.2006.

<sup>17</sup> „Lone Star likely to earn W4.5 Trillion in Marginal Profit“, in: *Mae-il Economy*, 23.3.2006.

<sup>18</sup> *Donga News+*, No.167, 14.1.1999.

2006 bis 2008 erhalten. Angesichts der weiteren Finanzspritze, zu der die koreanische Regierung vertragsgemäß verpflichtet war, hat diese inzwischen den Verkauf der KFB an Newbridge Capital als Fehler bezeichnet.<sup>19</sup>

## 4.2 Korea Exchange Bank (KEB)

Der Investmentfonds Lone Star übernahm im September 2003 einen Anteil von 51% an KEB für 1,3 Billionen Won. Der Verkauf von KEB an Lone Star war von Anfang an sehr umstritten. Denn nach dem koreanischen Bankengesetz ist eine Bankenübernahme durch einen Investmentfonds wie Lone Star nur im Falle einer Insolvenz möglich. Die KEB zählte aber damals zu den wenigen gesunden Banken in Korea, die sich ohne staatliche Finanzhilfe am Markt behaupten konnten. Daher wirft die Übernahme von KEB durch Lone Star mehrere Fragen auf, die schließlich nach der Entdeckung eines geheimen Dokuments geklärt werden konnten. Demnach entwarf Lone Star den Plan „Project Knight“, der konkret eine Vorgehensweise aufführte, wie die Restriktionen im Bankengesetz umgangen werden können.<sup>20</sup> Nach mehrmaligen geheimen Treffen von Lone Star, den Vorstandsmitgliedern der KEB und den zuständigen Personen aus dem Finanzministerium und der Bankenaufsichtsbehörde wurde das Projekt planmäßig umgesetzt. Durch geschickte Manipulierung der Bilanzbücher der KEB verwandelte sich die Bank mit einer Eigenkapitalquote von 10% plötzlich in einen Insolvenzfall mit einer Eigenkapitalquote von 6,2%. Lone Stars Kaufangebot konnte so als einzige Rettung für KEB begrüßt werden und der Deal wurde erfolgreich abgeschlossen.<sup>21</sup>

## 4.3 KorAm Bank

Am Beispiel der KorAm Bank wollen wir schließlich zeigen, wie sich deren Geschäftspolitik durch die Übernahme durch eine ausländische Bank ausgewirkt hat. Im April 2004 kaufte Citigroup 98% der Aktien der KorAm Bank auf. Nach der Übernahme geriet Citibank Korea wegen ihrer fragwürdigen und illegalen Geschäftspraktiken in die Kritik. Die Kritik richtete sich erstens gegen überhöhte Zinsen für Privatkredite.<sup>22</sup> Zweitens betraf die Kritik die grundlegende Veränderung der Kreditvergabe. Unternehmenskredite und insbesondere Kredite für mittlere und

<sup>19</sup> *Financial News*, 15.11.2004. Es ist daher nicht verwunderlich, dass Korea neben Hongkong der wichtigste und profitabelste Standort für die Standard Chartered Bank geworden ist.

<sup>20</sup> *Hankyoreh Economic* 21, 30.9.2005.

<sup>21</sup> Nach der Klage der koreanischen NGO SpecWatch gegen alle an der Vertragsausarbeitung Beteiligten wurde der Fall vor dem Finanzausschuss im Parlament behandelt. Anschließend wurde eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet, durch die alle Kritikpunkte im Wesentlichen bestätigt wurden. Siehe dazu „BAI to Summon Ex-officials Involved in Lone Star Deal“, in: *Korea Times*, 4.4.2006, „Auditors Quiz 3 Big Wigs“, in: *Korea Times*, 6.4.2006.

<sup>22</sup> „Citibank Korea Under Scrutiny For Interest Rate Policy“, in: *Korea Times*, 25.12.2005.

kleine Unternehmen, welche für die Bank früher Priorität gehabt hatten, wurden massiv reduziert. Stattdessen wurde Kapital an Citibank-Filialen im Ausland oder in andere Tochtergesellschaften von Citigroup transferiert. Von November 2004 bis Ende Juni 2005 flossen insgesamt 1,83 Billionen Won aus Korea in Citi-Filialen im Ausland, bei denen Citigroup die kurzfristigen Kredite aufgenommen hatte, um die insgesamt 3,1 Billionen Won teure Übernahme von KorAm Bank zu finanzieren. Citibank Korea wurde deswegen ein Verstoß gegen das koreanische Bankengesetz vorgeworfen, weil die Geldtransfers an die ausländische Muttergesellschaft die gesetzlich erlaubte Obergrenze von 25% des Eigenkapitals bei weitem überstiegen.<sup>23</sup> Des Weiteren erhielt CitiFinancial, eine damals insolvente koreanische Tochtergesellschaft von Citigroup, großzügige Kredite von Citibank Korea zu einem äußerst günstigen Zinssatz.<sup>24</sup> Durch diese nach dem koreanischen Bankengesetz verbotenen Transaktionen wurde CitiFinancial vor der drohenden Pleite gerettet.

Sowohl die Skandale bei den Bankübernahmen als auch die Geschäftspraktiken von Citibank führen in Korea zu immer mehr Zweifeln an der Vorstellung, ausländische Investoren könnten eine positive Rolle bei der Modernisierung des koreanischen Bankensystems spielen. Die überwiegende Mehrheit der Koreaner glaubt inzwischen, dass Korea durch die Öffnung des Bankensektors für ausländische Investoren mehr verloren als gewonnen habe. Nach einer Umfrage vom April 2005 waren 83,6% der Befragten der Meinung, dass einheimische Unternehmen vor der Übernahme durch ausländische Investoren geschützt werden sollten. Dagegen begrüßten in einer im Jahr 1998, auf dem Höhepunkt der Krise, durchgeführten Umfrage 80,6% der Befragten die Übernahme koreanischer Unternehmen durch ausländische Investoren als positiv für die koreanische Wirtschaft.<sup>25</sup> Die zunehmende kritische Haltung in der Öffentlichkeit bedeutet erhebliche Probleme für die Regierung, weil diese die zentrale Rolle beim Verkauf der Banken an die ausländischen Investoren gespielt hat. Außerdem wird mit der Kritik an ausländischen Investoren letztendlich die Legitimität eines der Kernstücke des gesamten Reformprozesses nach der Krise in Frage gestellt.

## 5 Folgen der Bankenreformen

Die Bankenreformen seit der Finanzkrise 1997/98 brachten einige wichtige Veränderungen mit sich. Als die auffälligste Veränderung gilt der starke Anstieg des Marktanteils des ausländischen Kapitals. Da er eine relativ neue Entwicklung dar-

<sup>23</sup> Allerdings erklärte die koreanische Bankenaufsichtsbehörde dies für nicht gesetzeswidrig, weil das koreanische Bankengesetz für Citibank NA, den Mehrheitsaktionär und zugleich die Muttergesellschaft von Citibank Korea, nicht gelte. Citibank NA habe keine Lizenz für den koreanischen Markt und falle somit nicht unter das koreanische Bankengesetz (siehe dazu *Shin Donga*, Nr.553, 1.10.2005).

<sup>24</sup> „Citibank Labor Dispute Escalates“, in: *Korea Times*, 5.10.2005.

<sup>25</sup> „In Seoul, Fears Return of Foreign Investors“, in: *International Herald Tribune*, 12.5.2005.

stellt, ist es noch zu früh eine umfangreiche Analyse ihrer Folgen sowohl für den Finanzsektor als auch für die gesamte Wirtschaft vorzulegen. Anhand der bisherigen Erfahrungen jedoch lassen sich jedoch einige Problemfelder aufzeigen.

1. Die Kreditvergabepraktiken der Geschäftsbanken haben sich grundlegend verändert. Unternehmenskredite gehen stark zurück, während Privatkredite expandieren (vgl. Tabelle 2). Aufgrund der strengeren Kreditabsicherungsbestimmungen konzentrieren sich die Banken auf weniger risikoreiche Kredite und Kredite mit kurzen Laufzeiten. Dies gilt zwar nicht nur für die ausländischen Banken, diese spielen hier aber eine Vorreiterrolle, welche die Kreditvergabe- und Geschäftspraktiken der anderen Banken beeinflussen. Die ausländischen Banken neigen zu einer konservativen Strategie, die sich primär an Bilanzstabilität und kurzfristiger Profitmaximierung orientiert. Als Folge vermeiden sie Unternehmensfinanzierung, die im Vergleich zu Privatkrediten mit mehr Risiko verbunden ist. Davon sind mittlere und kleinere Unternehmen besonders stark betroffen, weil sie nicht die gleiche Möglichkeit wie die *chaebol* haben, sich Geld über die Ausgabe von Aktien und Anleihen zu beschaffen. Hingegen expandieren die ausländischen Banken aggressiv bei den Krediten an Privathaushalte und vor allem bei den Hypothekendarlehen, wo die Banken mit niedrigeren Zinsangeboten intensiv um Kunden werben. Die Konkurrenz bei den Hypothekenkrediten löste einerseits eine Abwärtsspirale bei den Darlehenszinsen aus und treibt andererseits die Zinsen für Einlagen in die Höhe. Die Folge waren eine Spekulationsblase auf dem Immobilienmarkt und sinkende Zinseinnahmen für die Banken.

**Tabelle 2: Kreditvergabe im Vergleich von ausländischen und inländischen Banken nach Bereichen 2000-2004 (%)**

		2000	2001	2002	2003	2004
Unternehmenskredite	inländisch	67,92	59,90	56,05	56,55	55,94
	ausländisch	56,67	52,63	47,06	45,96	41,62
davon an KMU	inländisch	55,05	52,41	50,54	52,92	51,15
	ausländisch	40,18	32,19	36,90	37,42	34,55
Kredite an Privathaushalte	inländisch	27,21	36,71	41,43	40,86	39,38
	ausländisch	32,81	44,26	50,73	52,22	56,57

Quelle: BOK, „Effect of foreign capital entry on the domestic banking sector“, Aug. 2005.

2. Der Rückgang der Unternehmenskredite durch Banken hat direkte Auswirkungen auf die Unternehmensinvestitionen. So gehen die Anlageinvestitionen der koreanischen Unternehmen seit 2001 kontinuierlich zurück. Wegen des erschwerten Zugangs zu Bankenkrediten weichen die Unternehmen zudem immer mehr auf die Eigenfinanzierung aus, deren Anteil von 25% in der Vorkrisenzeit auf über 80%

gewachsen ist (Lim 2005). Der extrem gestiegene Anteil der Eigenfinanzierung macht deutlich, dass die intermediäre Funktion des Finanzsektors zur Finanzierung von Investitionen und wirtschaftlicher Entwicklung erheblich geschwächt wurde. Der Finanzmarkt entkoppelt sich mehr und mehr von der realen Wirtschaft.

3. Die verstärkte Konkurrenz im Bankensektor durch den Einzug ausländischer Investoren führte nicht wie erwartet zu einer verstärkten Diversifizierung der Geschäftsaktivitäten und einer Verbesserung des Risikomanagements. Hingegen bleibt die Herdenmentalität der Banken unverändert, was in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem oben erwähnten Problem der kurzfristigen Profitmaximierung steht. Nach wie vor stürzen sich die Banken alle auf einen Geschäftsbereich, in dem sich dann durch das Überangebot von Kapital eine Finanzblase bildet. Dies ist zur Zeit im Immobiliensektor der Fall wie zuvor beim Kreditkartenboom in den Jahren 2001/02, als sich Kreditkartenunternehmen und Banken – inländische wie ausländische – gegenseitig bei der Kreditfinanzierung eines kurzen, aber heftigen Konsumrauschs überboten. 2003 platzte die Kreditkartenblase mit Verlusten für die Kreditkartenfirmen von insgesamt 9 Mrd. US\$ und 4 Mio. zahlungsunfähigen Schuldner – jeder zehnte erwachsene Koreaner war betroffen.

4. Beim Versuch der Regierung, das größte Kreditkartenunternehmen LG Card durch Rettungskredite vor dem Bankrott zu bewahren, zeigten sich deutliche Unterschiede zwischen den Gläubigerbanken. Ausländische Banken verweigerten die Teilnahme am staatlich initiierten Rettungsprogramm. Die Kreditkartenkrise zeigte die unveränderten Geschäftspraktiken der Banken, die durch sorglose Kreditvergabe und schlechtes Risikomanagement charakterisiert sind. Zugleich lässt sich aus den unterschiedlichen Reaktionen zwischen den ausländischen und den heimischen Banken auf das darauf folgende Rettungsprogramm schließen, dass die ersteren nicht bereit sind, in Zeiten ökonomischer Schwierigkeiten mit der Regierung zu kooperieren und finanzielle Hilfe zu leisten. Dies erschwert zukünftig Krisenüberwindungsstrategien, wie sie zur Stabilisierung des Finanzsystems nach der Krise von 1997/98 angewendet wurden.

5. Seit die Geschäftsbanken 2001 die Gewinnquote der Vorkrisenzeit erreichten, zeigen ihre Profite trotz großer Schwankungen steigende Tendenz. Die Bankaktienwerte an der Börse stiegen auf Rekordhöhe. Bei genauerer Analyse der Profitstruktur der Geschäftsbanken zeigt sich, dass die Profite nicht aus der Steigerung der operativen Einnahmen wie z.B. Zinsmargen oder Gebühren stammen, sondern aus der Kostensenkung als Folge von Rationalisierung und dem Rückgang von Abschreibungen fauler Kredite.<sup>26</sup> Die Kehrseite der gesteigerten Profite sind daher Massenentlassungen und konservative Kreditvergabepraktiken bei Krediten an Un-

<sup>26</sup> Zur näheren Analyse der Gewinnstruktur der Geschäftsbanken siehe BOK, „Changes in the revenue structure of Korean Banks and their implications“, 14.12.2005.

ternehmen. Parallel zur Profitsteigerung erhöht sich die Dividendenauszahlung.<sup>27</sup> Der größte Gewinner der Bankenreformen nach der Krise sind Bankaktienbesitzer, vor allem ausländische Investoren, die die größte Aktionärsgruppe im koreanischen Bankensektor darstellen. Profitorientierung und *shareholder value* sind zur neuen Maxime geworden und Korea wird als attraktiver und sicherer Platz für ausländische Investoren gepriesen.<sup>28</sup>

## 5 Fazit und Ausblick

Die Analyse des Fallbeispiels Korea bietet einige interessante Erkenntnisse für die Diskussion über die Politik der Finanzmarktliberalisierung und Bankenprivatisierung. Entgegen den Versprechungen von IWF und koreanischer Regierung hat die Öffnung des koreanischen Finanzmarktes 1997/98 nicht zu einer Stabilisierung durch Zufluss ausländischen Kapitals in der Krisensituation geführt. Vielmehr spielten staatliche Eingriffe und das Vertrauen der Bevölkerung in die Kapazität des Staates, die Krise zu überwinden, eine wichtigere Rolle. Die ausländischen Investoren kamen erst nach Korea zurück, nachdem der Staat das Finanzsystem durch die Sozialisierung der Schulden stabilisiert hatte. Im Bankenbereich ermöglichte die Verstaatlichung einer Reihe von Banken zudem die rasche Umstrukturierung und Rationalisierung der Banken, um diese für ausländische Investoren attraktiv zu machen. Die Regierung trug sogar mit der Übernahme verbundene reale und potenzielle Risiken und bot den Investoren somit nahezu risikolose Investitionen, die den ausländischen Investoren hohe Profite bescherten. Die Liberalisierung des Finanzsystems darf also nicht mit einem Rückzug des Staates verwechselt werden, sondern bedeutet vielmehr eine politisch gewollte Reregulierung im Interesse internationaler Investoren.

Die Folgen der Bankenreformen sind ambivalent. Viele Erwartungen im Hinblick auf die positiven Auswirkungen der Liberalisierung des Finanzsystems und der Privatisierung der Banken haben sich nicht bestätigt. Zwar sind die Banken in Korea heute sehr profitabel und bescheren ihren meist ausländischen Aktionären hohe Gewinne. Dieser Übergang zum profitorientierten Shareholder-Kapitalismus bedeutet jedoch auch eine stärkere Orientierung an den kurzfristigen Profitinteressen der Investoren. Die Kehrseite ist, dass die Banken ihrer Funktion als Kreditgeber für langfristige Investitionen immer weniger gerecht werden und sich vielmehr auf kurzfristige Kredite an Privathaushalte konzentrieren. Dies trifft vor allem die kleinen und

<sup>27</sup> Die durchschnittliche Dividendenauszahlungsrate im koreanischen Bankensektor betrug 2004 20%. Die relativ niedrigen Zahlen gehen darauf zurück, dass die zwei ausländischen Banken, SC First Bank Korea und Citibank Korea, nach der hundertprozentigen Übernahme aus dem koreanischen Aktienmarkt ausgenommen sind und seitdem keine Dividenden auszahlen. Bei den anderen Geschäftsbanken lag die Dividendenauszahlungsrate in den letzten Jahren bei 45 bis 50%. Ungefähr die Hälfte der Profite gehen als Dividenden an die Investoren zurück. Siehe dazu FSC, *Weekly Newsletter*, 13.3.2006.

<sup>28</sup> „Korea is in no danger from these foreign invaders“, in: *Business Week*, 12.04.2004. „A great place to be a bank“, in: *Business Week*, 7.11.2005.



mittleren Unternehmen stark und fördert so noch die ohnehin bereits problematische Konzentration von Kapital in einigen großen *chaebol*.

Schließlich hat auch die Art der Durchführung der Bankenprivatisierung die zunächst weit verbreitete positive Einstellung gegenüber ausländischen Investitionen in Korea unterminiert. Die ursprüngliche Vermutung, die ökonomische Liberalisierung und der Einfluss ausländischer Investoren würden helfen, den koreanischen „Crony Capitalism“ zu überwinden, hat sich nicht bestätigt. Vielmehr spricht vieles dafür, dass sich der bisher national orientierte „Crony Capitalism“ lediglich internationalisiert hat.

### Literatur

- Bank of Korea (2005), *Effect of foreign capital entry on the domestic banking sector*, Aug. 8 (auf Koreanisch)
- Bank of Korea (2005), *Changes in the revenue structure of Korean Banks and their implications*, Dec. 14 (auf Koreanisch)
- Chang, Ha Joon, Gabriel Palma und Hugh D. Whittaker (Hg.) (2001), *Financial Liberalization and the Asian Crisis*, Palgrave
- Cheong, Young-Rok und Doo Yong Yang (2003), „Foreign Exchange Market Liberalization since the Korean Crisis“, in: Cheong, Young-Rok, Doo Yong Yang und Tongsan Wang (Hg.), *Financial Market Opening in China and Korea*, KIEP, Seoul
- Cheong, Young-Rok, Doo Yong Yang and Tongsan Wang (Hg.) (2003), *Financial Market Opening in China and Korea*, KIEP, Seoul
- Kalinowski, Thomas (2005a), *Der Internationale Währungsfonds in Südkorea: Strukturanpassung und Reformen seit der Asienkrise*, Hamburg: Institut für Asienkunde
- Kalinowski, Thomas (2005b), „Von der Finanz- und Wirtschaftskrise zur sozialen Krise: Südkoreas Entwicklung seit 1997/98“, in: Patrick Köllner (Hg.), *Korea 2005 – Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Hamburg: Institut für Asienkunde
- Lim, Kyung Mook (2005), „An Analysis on Changes of Equipment Investment Patterns of Korean Firms Using Micro and Macro Data“, in: *Korea Developmental Review*, 2/2005 (auf Koreanisch)
- OECD (2005), *OECD Economic Surveys Korea*, Paris: OECD
- Sharma, Shalendra D. (2004), „Government Intervention or Market Liberalization: The Korean Financial Crisis as a Case of Market Failure“, in: *Progress in Development Studies* 4 (1), S.47-57
- World Bank (1993), *The East Asian Miracle. Economic Growth and Public Policy*, Oxford und New York: Oxford University Press
- Woo, Jung-en (1991), *Race to the Swift. State and Finance in Korean Industrialization*, New York: Columbia University Press

ISSN 1432-0142  
ISBN 3-88910-331-6

Copyright Institut für Asienkunde  
Hamburg 2006

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje  
Redaktionsassistent: Siegrid Woelk  
Gesamtherstellung: einfach-digital print edp GmbH, Hamburg

<p><b>Korea 2006. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft</b> / hrsg. von Patrick Köllner. – Hamburg : IFA, 2006. – 181 S. ISSN 1432-0142 ISBN 3-88910-331-6</p>
--



VERBUND STIFTUNG  
GIGA GERMAN INSTITUTE OF GLOBAL AND AREA STUDIES  
Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung GIGA German Institute of Global and Area Studies in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Analyse der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien. Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Nähere Informationen zu den Publikationen sowie eine Online-Bestellmöglichkeit bietet die Homepage: [www.giga-hamburg.de/ifa](http://www.giga-hamburg.de/ifa).

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die kostenfrei recherchierbare Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde ([www.giga-hamburg.de/iz](http://www.giga-hamburg.de/iz)) eingegeben.